



Triebener Volksstimme

KPÖ
Steiermark



Steirische Volksstimme: Informationsblatt der steirischen KPÖ

AUSGABE 40

ZEITUNG DER KPÖ STEIERMARK

MÄRZ 2025

Thema Windpark: Letztes Wort noch nicht gesprochen

Der Gemeinderat hat den Flächenwidmungsplan geändert, damit eine Umweltverträglichkeitsprüfung über den geplanten Windpark durchgeführt werden kann.

Nun muss sich das Land damit befassen.

Dagmar Felber, Sprecherin der Bürgerinitiative „Windparkgegner Trieben“ sagt in ihrer Einwendung, dass laut durchgeführtem Umweltbericht noch nicht alle Erhebungen zur Gänze abgeschlossen sind. Beispielsweise müsste im Bereich Naturraum/Ökologie eine Beobachtung über mehrere Vegetationsperioden erfolgen,

„um eine exakte Aussage treffen zu können“,

KPÖ-Gemeinderat Janzenberger; „Ich stehe diesem Projekt am so getauften Herrenwaldrücken nach wie vor skeptisch gegenüber.“

Wie ja die Studien ergeben haben, sind diese Windräder weder für die Umwelt noch für Wirtschaft und Tourismus ein wesentlicher Ge-

winn. Auch die Bevölkerung wird sich kaum über sinkende Energiepreise freuen können. Die CO₂ - Neutralität kann sich – ohne vorher die Rahmenbedingungen durchdacht zu haben wie etwa Energiespeicherung und nicht ausreichende Energienetze - als problematisch herausstellen.

Profitieren werden wieder allein Investoren und Großgrundbesitzer.

Bei der Umweltverträglichkeitsprüfung sind weitere Erkenntnisse über dieses Projekt zu erwarten. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.



Windenergie ist extrem unrentabel und beeinflusst das Klima.

Stromrechnung wird teuer

Die neue Bundesregierung bringt deutlich gestiegenen Stromrechnungen. Derzeit deutet nichts daraufhin, dass den Haushalten finanziell unter die Arme gegriffen wird.

Wir erinnern uns: 2022 explodierten die Strompreise.

Die Bundesregierung beschloss die Einführung einer Strompreisbremse, welche bis zu einem gewissen Verbrauch den Strompreis deckelte. Das lief Ende 2024 aus. Nun steigen die Netzgebühren in der Steiermark um 29 Prozent. Mehrkosten von einigen hundert Euro pro Jahr drohen. Mit der nun wieder fällig werdenden Elektrizitätsabgabe wird der Strom für viele Haushalte zu einer schweren finanziellen Belastung. Für die österreichischen Haushalte heißt es stattdessen „Bitte zahlen!“ – und das auch über den Umweg einer verfehlten Förderpolitik, die teure Solar- und Windkraftanlagen bevorzugt.

**Für den Alltag –
nicht nur für den Wahltag**

Helfen UND handeln



Spital: Stimme der Vernunft

Die Erleichterung war groß: Das Projekt Leitspital Stainach ist von der Landesregierung gestoppt worden. Das ist eine Folge der Landtagswahl. Die Entscheidung ist aber noch nicht zur Gänze abgesichert. Im Sommer soll die endgültige Entscheidung fallen. Es gibt die Hoffnung darauf, dass die Stimme der Vernunft über die Bedenken der Auftragsexperten siegen wird.

Großes Zähneknirschen herrscht nun bei den ortsansässigen Politikern in Stainach. Sie fragen, wer nun die Kosten für die im vorausseilenden Gehorsam gemachten Investitionen übernehmen wird. Dabei war die Bauverhandlung noch nicht einmal abgeschlossen. Eventuell könnte man mit der neu verlegten Wasserleitung ja einen Gedenkbrunnen für das gescheiterte Projekt errichten.



Große Regierung – kleine Erwartungen

Viele Monate nach der Nationalratswahl gibt es eine neue Bundesregierung. Das Hin und Her der Parteien um Posten und Einfluss ist – vorläufig - vorbei. 14 Minister und 7 Staatssekretäre. Die Regierung ist groß wie selten. Bei diesen Posten wird nicht gespart. Sparen – das sollen wir. Vor allem die Pensionisten hat man schon im Blick. Die können sich nicht wehren, die

können nicht streiken, nur zahlen.

Fix sind jetzt vor allem einige Belastungen. Sie wurden zuerst von VP und Kickl beschlossen, sie werden jetzt von VP, Babler und den Neos umgesetzt. Der Sozialversicherungsbeitrag für Pensionisten wird von 5,1% auf 6% erhöht. Das bedeutet etwa 200 Euro weniger pro Jahr. Bei der Korridorpension wird das

Antrittsalter um 1 Jahr angehoben. Künftig kann es wieder Pensionserhöhungen unter der Inflationsrate geben. Alle Bundesgebühren (Reisepass, Führerschein, etc.) sollen kräftig angehoben werden. Und der Klimabonus wird gestrichen. Das ist erst der Anfang. Im kommenden Jahr kommt das nächste Paket auf uns zu.

Da war man sich – über alle Koalitionsstreitereien hinweg – einig. Der Standort Österreich soll vor allem auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung gesichert werden.

Mit den Neos kommen offene Feinde der Neutralität in die Bundesregierung. Ihre Chefin wird sogar Außenministerin. Die Neos wollen dem Ruf der Kriegstreiber in der EU folgen, die seit der Wende von US-Präsident Trump nach mehr europäischer Rüstung



und nach noch mehr Geld für die Ukraine rufen. Das ist ein gefährlicher Kurs. Statt Erleichterungen für die Menschen gibt es Milliarden für das zweifelhafte Sky-Shield-Projekt.

Wenn die Parteien von einer Aufbruchstimmung reden, dann muss die Bevölkerung auf der Hut sein.



Während den Gemeinden das Geld ausgeht, gilt für Aufrüstung und Krieg in Europa: Koste es was es wolle. Wir sagen: Kein Geld fürs Militär, keine neutralitätswidrige Regierungspolitik!



Aus der Gemeinde

Unsere Ideen für Trieben

Freunderlwirtschaft – nicht mit uns

Soziale Gerechtigkeit in Trieben

Ausreichend Geld für die Gemeinde

Geld für Vereine und Kulturträger in unserer Stadt nicht kürzen

Gerechte Tarife und Gebühren

Sichere ärztliche Versorgung

Unterstützung für alle Generationen

Gedeihliche Zusammenarbeit aller Parteien im Sinne unserer Gemeinde

KPÖ: Die sozial sichere Wahl

Regelmäßige Information mit der Triebener Volksstimme



Freunderlwirtschaft?

Nicht mit uns!

Am 23. März:



KOMMENTAR

von
„James“
Michael Jansenberger
KPÖ-Gemeinderat in
Trieben
0676 / 611 9817



Liebe Triebenerinnen und Triebener!

Viele Fragen

Nach einer äußerst ungewöhnlichen Form der Regierungsbildung – Monate nach der Nationalratswahl zeigt sich Folgendes: Egal, welche Parteien an den Futtertrog gelangen, kann man schon abschätzen, wer die wahren Verlierer sein werden. Nicht die Rechten, nicht die Linken, geopfert wird der Wohlstand des Volkes.

Dass wir uns das tägliche Leben bald nur noch schwer leisten können, spielt in den Regierungskreisen keine Rolle.

Nach der Wahl hat sich herausgestellt, dass die Schulden viel höher sind als erwartet. Jetzt droht die EU uns als Nettozahler mit einem Verfahren. Ob wir uns weiterhin als Nettozahler ausbeuten lassen sollten, das sollte gründlich hinterfragt werden. Das beste Kostenreduktionsmodell wäre wohl, diese Zahlungen zu reduzieren, statt den Leuten zu sagen: Schnallt den Gürtel enger.

Der Frühling kommt, die Plakatwälder wiegen sich sanft im Wind und die Gemeinderatswahl rückt näher und näher.

Denken Sie am 23. März bei der Gemeinderatswahl unter Umständen auch an mich.

Das meint ihr

Ihr KPÖ-Gemeinderat
Michael (James) Jansenberger



KLEIN, aber MIT BISS

Die Bundesregierung ist im Fasching gebildet worden, sie bringt uns aber eine lange Fastenzeit.

Was uns AUF- und EINFÄLLT...



...dass die **Kontrolle des Schwerverkehrs** über den Tauern funktionierte. Unsere Polizei ist im Einsatz.

ka und die EU erweitert sich am Balkan. Es ist wie bei den Großmächten im 19. Jahrhundert. Man fragt sich, wo hier der Unterschied ist.

fürchtet euch nicht!

KPÖ

...dass die BH-Murau jetzt mit einer Verordnung ein **ganzjähriges Aus für den Schwerverkehr** am Hohentauern erlassen hat. Das Verbot gilt zwischen Hohentauern und dem Bereich Sunk.

...dass **Strom** knapp und teuer wird. Spötter würden sagen, dass es nur logisch ist, wenn die EU jetzt auf E-Mobilität setzt.

...dass **niedrige Energiepreise** der Schlüssel zu Europas Wohlstand wären. Aber in der EU kostet Energie doppelt soviel wie in den USA und viermal so viel wie in China.

...dass bei einem **LKW-Brand** auf der Autobahn bei Trieben 22 Tonnen griechischer Käse vernichtet worden sind. Schade, dass er nicht mit den Plänen der neuen Regierung beladen war.

...dass Trump **Grönland und Kanada** kaufen will, Putin will die Ukraine, China kauft Afri-

...dass alles schon wieder teurer wird. Vor allem in der **Gastronomie** hat das Corona möglich gemacht. Die Essenspreise sind radikal angehoben worden.

Impressum: RM Steirische Volksstimme: Informationsblatt der steirischen KPÖ. Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. F.d.Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. E-Mail: a.fuchs@kpoe-steiermark.at. Fotos Adobe Stock und KPÖ.

Offenlegung: Die Triebener Volksstimme ist eine periodische Gemeindezeitung der KPÖ Steiermark und dient der Information der Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. **Druck:** Gutenberghaus



...dass der **Pflegeverband** Liezen auch in den Philippinen Pflegerinnen anwerben will.



**Sozial.
Gerecht.
für Euch!**

Michael Jansenberger  **KPÖ**

Im Gemeinderat braucht es eine unbestechliche Stimme für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Daher ersuche ich am 23. März um Eure Stimme für die KPÖ

HELFEN statt ABKASSIEREN

Die Einkommen in der Politik sind sehr hoch – der Landeshauptmann verdient zum Beispiel fast 20.000 Euro brutto, 14 mal im Jahr. Wir von der KPÖ sagen: Abgehobene Gehälter führen zu abgehobener Politik und haben deshalb für

POLITBEZÜGE 2025

Das „verdienen“ die steirischen Spitzenpolitiker 2025:

Landeshauptmann:	19.667 €
LH-Stellvertreterin:	18.632 €
Landesräte:	17.597 €
Landtagspräsident:	13.974 €
LT-Präsident-Stv.	8.798 €
Klubobmann/-frau:	12.939 €
Landtagsabgeordnete:	7.038 €

uns selbst eine Gehaltsobergrenze von 2.600 Euro eingeführt. Der Rest wird verwendet, um Menschen in Notlagen unbürokratisch zu helfen. Bisher kamen so schon über 3,5 Millionen Euro zusammen, mit denen die KPÖ über 28.500 Steirerinnen und Steirer unterstützen konnte.

**Für leistbares Wohnen!
Für niedrigere Gebühren!
Für Dich im Gemeinderat!**



KPÖ